



In der Innenstadt von Kolkata
Foto: www.indienbilder.com

Smart Cities-Projekt

Clevere Idee für Indiens urbane Herausforderungen?

Mit einem auch international viel beachteten Reformprojekt will Indien 100 ausgesuchte Städte modernisieren. Unter dem klangvollen Namen „Smart Cities“ stellt die Zentralregierung dafür umfangreiche Finanzmittel zur Verfügung und hofft auf die Beteiligung der Privatwirtschaft. Kritiker warnen jedoch vor technologischer Kosmetik, die nur den relativ wohlhabenden Sektoren der Bevölkerung zugute kämen. Die seit vielen Jahren in Deutschland lebende Wirtschaftswissenschaftlerin **Ganga Murthy**, die u.a. deutsch-indische Projekte berät, legt hier eine kritische Analyse vor. Diesen Artikel stellt die Zeitschrift SÜDASIEN im Rahmen unserer Zusammenarbeit zur Verfügung. **Theodor Rathgeber** hat ihn ins Deutsche übertragen.

Derzeit leben mehr als 31 Prozent der indischen Bevölkerung in städtischen Gebieten. Sie tragen zu 63 Prozent zum indischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Laut Schätzungen leben bis zum Jahr 2030 etwa 40 Prozent der Bevölkerung in urbanen Gebieten, die zu über 75 Prozent am BIP beteiligt sein werden. Die städtische Einwohnerzahl von rund 377 Millionen im Jahr 2011 würde nach dieser Prognose auf rund 600 Millionen im Jahr 2030 anwachsen. Die zahlenmäßigen Herausforderungen sind schon mal groß.

Smart Cities in Kurzform

Das Konzept Smart Cities umfasst alle wesentlichen Entwicklungskomponenten einer städtischen Entwicklung: die institutionelle, gegenständliche, soziale und wirtschaftliche Infrastruktur. Die Lebensqualität der Bürger/-innen wird in Gänze angesprochen, zumal partizipative Elemente vorgesehen sind. Die „Indian Smart Cities Mission“ (SCM) ist eine Vision, die einige zentrale Herausforderungen indischer Urbanisierungsprozesse aufgreift. Unter der Leitung des Ministeriums für Stadtentwicklung (MoUD) plant die indische Unionsregierung landesweite Initiativen für einen Zeitraum von 5 Jahren (2015/2016 bis 2019/20) zur Stärkung des Wirtschaftswachstums, zur Förderung der lokalen Entwicklung und zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger/-innen in 100 Städten. Das Vorhaben wird durch nationale und internationale Expert*innen für Stadtentwicklung umfassend beraten und ausgearbeitet. Moderne städtebauliche Instrumente und die Nutzung moderner Technologien sollen relativ rasch handfeste Ergebnisse erzielen. Die Planer*innen erhoffen sich darüber hinaus wegweisende Ansätze für ein landesweites Stadtentwicklungsmodell. Für Indien durchaus relevant ist der strategische Ansatz, die Stadtentwicklung für die Smart Cities auf den Gegebenheiten vor Ort aufzubauen und in den ausgewählten 100 Städten ein sogenanntes „Area Based Development“ (ABD) durchzuführen. Elemente davon sind Nachrüstungsmaßnahmen und Sanierungen etwa in der Strom- und Abwasserentsorgung, sowie Planungerweiterungen wie etwa erschwingliche Wohnungen, neue Fertigungsanlagen auf der grünen Wiese, neue städtische Mobilität und IT-Konnektivität. Außerdem fordert das Konzept, dass die Stadt als Ganzes (Pan-City Solution) in den Blick zu nehmen ist. Dies umfasst etwa Lösungsvorschläge für eine gute Regierungsführung, Maßnahmen zur Sicherheit im öffentlichen Raum, Gesundheits- und Bildungsversorgung. Zur Absicht, örtliche Gegebenheiten zu berücksichtigen, passt, dass der Projektansatz keinen Passepartout anbietet. Die Vorschläge

zur Smart City - sollen zwar mehrere der genannten Kernelemente abdecken aber auch spezifisch angepasste Vorschläge für lokale Bedürfnissen und infrastrukturelle Situationen entwickeln.

Das Projekt Smart Cities ist als nationaler Wettbewerb angelegt, an dem sich die Städte mit ihren Vorschlägen beteiligen können. Jede Bewerbung muss die Bedingungen des ABD erfüllen und sich mindestens durch eine intelligente Lösung auszeichnen, die allen Bürgern zugutekommt. Jede ausgewählte Stadt erhält für ihre Planung einen Zuschuss zwischen 12 und 62 Millionen Euro von der Unionsregierung. Die Bundesstaaten und die lokalen Stadtverwaltungen müssen einen äquivalenten Betrag beisteuern. Das Projektbudget für eine Stadt bewegt sich also zwischen 25 und 125 Millionen Euro. Dieser enorme Finanzierungsbedarf soll zu Teilen durch öffentlich-private Partnerschaften (Public-Private-Partnerships) gedeckt werden. Auch hierfür muss die Stadt in ihrer Bewerbung als Smart City einen Vorschlag unterbreiten, wie die Mittel aus privaten und öffentlichen Beiträgen sich verteilen.

Erste Erfahrungen

Nach vier Auswahlrunden wurden 99 Vorschläge mit einem Budget von insgesamt 25,3 Milliarden Euro ausgewählt. Die ausgewählten Vorschläge umfassen eine breite Palette von Regelungen für rund 100 Millionen Menschen. Die Komplexität der Planung und Durchführung, die Notwendigkeit institutioneller Erfahrungen und das methodische Sammeln guter Praktiken (Best Practices) machte die Unterstützung durch Beratungsunternehmen sowie nationaler und internationaler Organisationen wie Weltbank, KfW, DFID, AFD, GIZ, UN-Habitat, ADB und anderer erforderlich. Bei der Finanzierung hat Deutschland über die GIZ einen Beitrag von einer Milliarde Euro für verschiedene Stadtentwicklungsmaßnahmen zugesagt, zusätzlich vier Millionen Euro über 3 Jahre für Projekte in den Bereichen Wohnen, Abfall und Abwasser. Die KfW hat ein Darlehen von 85 Millionen

Euro gewährt, die französische AfD will 1,5 Milliarden US-Dollar investieren. Zwecks Aufbau einer institutionellen Infrastruktur in der Stadtplanung wurde in jeder Stadt eine öffentlich-rechtliche Körperschaft mit einem Vorstand und Vertreter(inne)n der Union, der Bundesländer und der lokalen Stadtverwaltungen gegründet.

Fragen an das Projekt

Dieses landesweite Projekt mit einem Leistungsumfang von 25,3 Milliarden Euro kann wohl Indiens Stadtentwicklung verändern und verspricht gleichzeitig, Arbeitsplätze zu schaffen, neue Geschäftsmöglichkeiten aufzuzeigen, das Dienstleistungsangebot zu erweitern und neue Kapazitäten in der Stadtplanung zu fördern. Nicht zuletzt dürfte das Bruttoinlandsprodukt steigen, im Land und in der Stadt. Allerdings wirft der Ansatz der gebietsangepassten Entwicklung Fragen auf. Die meisten ausgewählten Städte investieren vorrangig in die Entwicklung eines ausgesuchten Stadtareals. Die Lebensfähigkeit verbessert sich nur für einen Bruchteil der Bevölkerung. Außerdem, weil große Teile der indischen Gesellschaft von grundlegenden Dienstleistungen wie Elektrizität, sauberem Trinkwasser, Kanalisation oder Wohnraum ausgeschlossen sind, sollte der Schwerpunkt nicht auf der Bereitstellung dieser elementaren Versorgungsleistungen für alle liegen?

Zwz

Der Zugang zu einer erschwinglichen und angemessenen Wohnung ist in Indien noch immer ein Problem, etwa für städtische Arme, die in 13,7 Millionen Haushalten in Elendsvierteln leben und über 76 Millionen Menschen zählen. Die Projektsomme von 2,3 Milliarden Euro wird die Wohnungssituation für einige erleichtern. Aber weder das Ausmaß noch die Dringlichkeit bei angemessenem Wohnraum für städtische Arme werden davon substantiell berührt. Keine der ausgewählten Städte verfügt über einen operativen Plan oder über Wohnstandards für das Recht auf angemessenen Wohnraum. Für Investitionen in

neue Unternehmensanlagen auf der grünen Wiese oder zum Ausbau bestehender Anlagen gibt es noch keine Regelungen.

Ebenso kritisch ist die Situation von beispielsweise 41,2 Millionen Kindern bis zu sechs Jahren, die in städtischen Gebieten leben mit rund 8,1 Millionen (20 Prozent) davon in Elendsvierteln. Das Smart-City-Projekt sagt zum Kindeswohl nichts. Dabei gibt es Konzepte zur Entwicklung kinderfreundlicher Städte. Ebenso wenig sieht das Projekt vor, sich mit anderen Urbanisierungsprojekten kritisch auseinanderzusetzen. Schließlich setzt das Smart-City-Projekt auf Digitalisierung und technologiegesteuerte Lösungen. Dies kann durchaus ein praktikabler Weg sein, um einer großen Bevölkerung bessere Regierungsdienste zur Verfügung zu stellen. Für die grundlegenden und strukturellen Probleme Indiens bedarf es jedoch mehr.

Dem Projekt fehlt auch ein integrativer und nachhaltiger Entwicklungsansatz. Bürgerrechtsorganisationen kritisieren die unzureichende Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung. Shivani Chaudhry, Exekutivdirektor des

„Netzwerks für Wohnungswesen und Landrechte“ (HLRN), äußerte folgende Bedenken: „Der Vision Smart Cities fehlt ein menschenrechtlicher Ansatz, der Aspekt der Inklusion, der sozialen Gerechtigkeit und der gerechten Entwicklung.“ Das HLRN hat einen Bericht mit einer Reihe von Empfehlungen vorgelegt, die sich stärker auf die menschenrechtliche Seite der Entwicklung konzentrieren.

Perspektiven

Das Beratungsunternehmen Deloitte hat festgestellt, dass die Umsetzung der Smart-City-Ziele in den nächsten Jahren etwa 150 Milliarden US-Dollar erfordert. Die Finanzierung des Projekts hängt in hohem Maße von ausländischen Direktinvestitionen und Unternehmensbeteiligungen ab. Das indische Expertenkomitee (High Powered Expert Committee) hat den Finanzierungsbedarf für alle städtischen Infrastrukturdienste bis zum Jahr 2031 auf 871 Milliarden US-Dollar geschätzt (zu Preisen von 2009). Indien hat somit die Tür für eine Stadtentwicklung geöffnet, die durchaus auf den Lehren aus diesem Projekt basieren könnte.

Die indische Regierung hat mit dem Reformprozess begonnen. Dem müssen nun Reformschritte auch auf der Ebene des Staates und der lokalen Regierungen folgen. Die ordnungsgemäße Durchführung der genehmigten Projekte hängt von drei Faktoren ab: institutionelle Reformen mit dem Ziel einer einheitlichen Führungsstruktur über mehrere Planungs- und Verwaltungsorgane hinweg, Reformen im Geschäftsumfeld der öffentlich-privater Partnerschaften und Stadtplanungsreformen auf Staatsebene und in der Stadt.

Das Smart-City-Projekt wird einige Herausforderungen der Stadtentwicklung angehen, ein städtisches Ökosystem entwickeln und öffentliche Versorgungssysteme verbessern. Das Projekt wird die wirtschaftliche Entwicklung fördern und neue Arbeitsplätze und Berufe im Bereich der Stadtentwicklung kreieren. Die schiere Größe der infrastrukturellen Herausforderungen in der Abwasserentsorgung, Elektrizität bis hin zur Bereitstellung von angemessenem Wohnraum für viele Menschen wird in diesem Projekt jedoch unabgegolten bleiben. Indiens Stadtentwicklungsgeschichte wird hier nicht zum Abschluss kommen. ■



Wandernde Hirten haben ihr Lager auf einer Baustelle in Pune aufgeschlagen

Foto: www.indienbilder.com